

Die neutrale Plattform für politische Infos

# NEUTRAL, SCHNELL & EINFACH

Über Abstimmungen  
& Wahlen informiert!

Abstimmung am:

**18.05.2014**





Durch die Einführung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze von 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat wird ein Mindestlohn festgelegt, der für alle Branchen verbindlich ist. Gesamtarbeitsverträge, mit Mindestlohn über dem gesetzlichen Mindestlohn, sind von der Initiative nicht betroffen. Direkt betroffen von der Initiative sind 330 000 Arbeitsnehmende oder 9 Prozent aller Erwerbstätigen, viele davon sind im Detailhandel oder Gastgewerbe tätig.

**Alle Arbeitnehmenden sollen mindestens so viel verdienen, dass ihr Lohn existenzsichernd ist und sie davon anständig leben können.**

**Volksinitiative „Ja zu einem gesetzlichen Mindestlohn“**



CH

- **Es** ist unfair, dass Personen Vollzeit arbeiten und trotzdem zu wenig verdienen, um die eigene Existenz sichern und anständig leben zu können. Mit einem Mindestlohn könnten viele von ihnen auf Sozialhilfe verzichten, was die Sozialwerke entlastet.
- **Ein** gesetzlicher Mindestlohn ist ein wirksames Instrument dagegen, dass Löhne durch günstigere Arbeitskräfte aus dem Ausland unter das ortsübliche Niveau gedrückt werden.
- **Ein** Mindestlohn steigert die Kaufkraft und somit auch den Konsum.

**Dafür**

- **Die** Initiative schadet gerade denjenigen, denen sie nützen soll. Ein Mindestlohn lässt die Lohnkosten steigen, dies bedroht Arbeitsplätze. Ein tieferer Lohn ist der Arbeitslosigkeit vorzuziehen.
- **Steigende** Lohnkosten führen auch zu höheren Preisen. Die Initiative schadet der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen und insbesondere der Exportindustrie.
- **Das** bisherige System der Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite funktioniert sehr gut.

**Dagegen**

Die medizinische Grundversorgung wird in der Verfassung verankert. Bund und Kantone sollen sie fördern. Die Gesundheitsberufe und die Hausärzte werden so gestärkt. Zudem gibt es verschiedene Massnahmen: Die Hausärzte sollen besser ausgebildet werden und in ihrem Beruf unterstützt werden.



## Die medizinische Grundversorgung soll für alle zugänglich und von guter Qualität sein.

„Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung“

↓  
Weitere Infos auf [www.vimentis.ch](http://www.vimentis.ch)

- Die Vorlage berücksichtigt Anliegen der Fachkräfte und der Bevölkerung im Gesundheitsbereich und verankert die medizinische Grundversorgung in der Verfassung.
- Die Aufgaben des Bundes bei der Aus- und Weiterbildung und in der Berufsausübung werden vervollständigt.
- Die medizinische Leistung wird besser. Denn die Vorlage stärkt die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Berufszweigen.
- Die Verfassung bevorzugt ungerchtfertigterweise einen einzelnen Berufszweig.
- Die Vorlage ist ein Schritt zur staatlich organisierten Medizin. Denn sie erteilt dem Staat den Auftrag, für eine adäquate Versorgung durch Hausärzte zu sorgen. Dies ist nicht seine Aufgabe.
- Versorgungsmodelle sollen nicht in der Verfassung festgelegt werden. Weil die Bedürfnisse schnell ändern können, ist dies unangebracht.



CH

Dafür

Dagegen



Bisher kann nur ein Berufsverbot ausgesprochen werden, wenn ein Kindesmissbrauch während der Arbeit geschehen ist. Bei der Annahme der Initiative dürfen verurteilte Pädophile nie mehr Berufe oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit Kindern ausüben, auch wenn der Missbrauch nicht während der Arbeit stattgefunden hat. Falls die Initiative abgelehnt wird, treten gesetzliche Änderungen in Kraft. Diese sehen bei schweren Sexualdelikten mit Minderjährigen ein zehnjähriges Berufsverbot vor.

**Verurteilte Pädophile sollen lebenslang nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen, weder beruflich noch ehrenamtlich.**

**Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mit Kindern arbeiten dürfen“**



CH

- Die Initiative verhindert weitere Kindesmissbräuche.
- **Verurteilten** Pädophilen kann neu auch verboten werden, ehrenamtliche Tätigkeiten mit Kindern auszuüben.
- **Berufsverbote** und Verbote von ehrenamtlichen Tätigkeiten können auch verhängt werden, wenn der Missbrauch nicht im beruflichen Umfeld des Täters passiert ist.
- **Ein** lebenslanges Verbot einer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit ist ein starker Eingriff in die persönliche und wirtschaftliche Freiheit einer Person.
- **Das** Berufsverbot stellt ein ernsthaftes Hindernis für die Resozialisierung der Täter dar.
- **Wegen** den strikten Regelungen ist die Initiative nicht verhältnismässig.



Weitere Infos auf [www.vimentis.ch](http://www.vimentis.ch)

**Dafür**

**Dagegen**

Bei einem Ja wird ein Spezialfonds für den Kauf des Kampfflugzeuges Gripen E eingeführt. In diese Kasse werden dann in den nächsten 10 Jahren jährlich 300 Millionen Franken eingezahlt. Damit sollen zwischen 2018 und 2021 22 Gripen E, das nötige Zubehör und die dazugehörige Infrastruktur bezahlt werden.



# Sollen 22 neue Kampfjets des Typs Gripen E für die Schweizer Luftwaffe gekauft werden oder nicht?

Referendum zum „Gripen-Fonds-Gesetz“



Weitere Infos auf [www.vimentis.ch](http://www.vimentis.ch)

- **Die** Flugüberwachung ist eine der Kernaufgaben des Militärs. Diese kann nur durch den Kauf moderner Kampfjets erfüllt werden.
- **Der** Gripen E ist die perfekte Lösung für das Schweizer Militär, da er preiswert ist aber trotzdem alle Anforderungen erfüllt.
- **Der** Hersteller der Gripen E verpflichtet sich Gegengeschäfte im Wert von 2.5 Milliarden Franken mit Schweizer Unternehmen abzuschliessen. Das hilft der Schweizer Wirtschaft indem es Arbeitsplätze schafft und Geld zurück in die Schweiz fliesst.
- **Auch** ohne den Kauf des Gripen E kann der Luftraum der Schweiz durch die bereits vorhandenen Flugzeuge F/A-18 genügend gut abgesichert werden.
- **Der** Gripen E existiert erst als Prototyp. Es besteht somit keine Garantie, dass ab 2018 wirklich einsatzfähige, gute Flugzeuge geliefert werden können.
- **Der** tatsächliche Preis für den Gripen E ist viel höher. Anschaffung und Unterhalt zusammen belaufen sich auf ca. 10 Milliarden Franken. Dieses Geld soll lieber anders investiert werden.



CH

## Dafür

## Dagegen



Bisher musste man bei einem Grundstück-  
kauf eine Handänderungssteuer bezahlen.  
Diese beträgt in der Regel 1.8 Prozent des  
Kaufpreises. Die Änderung des Gesetzes  
sieht vor, dass neu der Erwerb von Wohn-  
eigentum weniger stark besteuert wird. Um  
von der Befreiung profitieren zu können,  
muss es sich um selbstbewohntes Wohn-  
eigentum handeln. Zudem werden nur die  
ersten 800'000 CHF nicht mehr besteuert.

## Durch die Abschaffung der Handände- rungssteuer sollen Eigenheimbesitzer finanziell entlastet werden.

Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer



BE

- Die Unter- und Mittelschicht wird finanziell entlastet, ohne dass der Kanton zu stark geschädigt wird. Das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gilt, da teure Häuser weiterhin der Steuer unterliegen.
- Defizite in der Kantonskasse sind keine Rechtfertigung, um eine unzeitgemässe Steuer zu erhalten.
- Es ergibt Sinn, Eigenheimbesitzer gegenüber anderen Grundstückbesitzern zu bevorzugen.
- Der Kanton kann es sich zurzeit nicht leisten, Steuerausfälle in der Höhe von 17 bis 25 Millionen CHF in Kauf zu nehmen, weil dieser bereits jetzt schon einem grossen Spardruck unterliegt.
- Von der Änderung profitieren nur diejenigen, die sich ein Eigenheim leisten können. Der Rest der Bevölkerung ist gezwungen zu sparen.
- Der Kanton soll das Geld besser für Bildung und Soziales ausgeben, als damit die Reichen zu unterstützen.

↓ Weitere Infos auf [www.vimentis.ch](http://www.vimentis.ch)

Dafür

Dagegen



Die Bernische Pensionskasse (BPKG) und die Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVKG) werden innerhalb von 40 Jahren saniert. Dazu übernimmt der Kanton als Arbeitgeber eine Schuld von CHF 1,1 Mrd. Zudem müssen die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer höhere Beiträge bezahlen, wobei die Arbeitgeber 60% und die Arbeitnehmer 40% bezahlen. Das Rentenalter wird allgemein auf 65 Jahre erhöht. Durch alle Massnahmen erhöhen sich die Schulden des Kantons um CHF 2,4 Mrd.

## Die Bernischen Pensionskassen sollen saniert und an die neuen gesetzlichen Grundlagen des Bundes angepasst werden.

*Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG), Hauptvorlage*



BE

- Bei einem Nein zu beiden Varianten müsste nach Bundesrecht die Sanierung bereits in 10 Jahren abgeschlossen sein, was unabsehbare Verpflichtungen für Kanton und Versicherte bedeutet und nicht riskiert werden darf.
- Die Hauptvorlage nimmt Rücksicht auf das Personal, aber auch auf die Steuerzahler. Es ist eine ausgeglichene Vorlage.
- Die Schuldübernahme des Kantons kann über 40 Jahre amortisiert und verzinst werden. Der Steuerzahler wird nicht übermässig belastet.
- Die Schuldanerkennung zur Schliessung der Deckungslücken wird alleine vom Kanton Bern getragen. Die angeschlossenen Betriebe (z.B. das Inselspital) und die Versicherten müssen dazu nichts beitragen.
- Die Angestellten im öffentlichen Dienst werden privilegiert behandelt. Es sollten dieselben Spielregeln wie bei privaten Arbeitgebern gelten.
- Die Staatsgarantie kann dazu führen, dass noch viel höhere Verpflichtungen auf den Kanton zukommen.

Dafür

Dagegen

↓ Weitere Infos auf [www.vimentis.ch](http://www.vimentis.ch)



Die Arbeitnehmenden müssen im Vergleich zur Hauptvorlage voraussichtlich 2,3% anstelle von 1,5% höhere Beiträge an die Sanierung leisten. Der Anteil der angeschlossenen Arbeitgeber wird bei den Beiträgen zum Finanzierungsplan auf 50% anstelle von 60% beschränkt. Der Kanton müsste zudem nur eine Schuldanererkennung von 0,7 Mrd. anstatt von 1,1 Mrd. geben, was insgesamt zu neuen Schulden von 2 Mrd. anstelle von 2,4 Mrd. führt. Ansonsten gibt es keine Unterschiede zur Hauptvorlage.

## Die Bernischen Pensionskassen sollen saniert und an die neuen gesetzlichen Grundlagen des Bundes angepasst werden.

*Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG), Eventualantrag*



BE

- Im Vergleich zur Hauptvorlage würde der Beitrag des Kantons nur CHF 0,7 Mrd. anstatt CHF 1,1 Mrd. betragen.
- Die Angestellten des Kantons und die angeschlossenen Arbeitgeber müssen einen angemesseneren Anteil als im Hauptvorschlag vorgesehen tragen, der Steuerzahler wird entlastet.
- Die privatrechtlichen Kassen können sich nicht auf solch grosszügige Staatshilfen verlassen. Diese Ungleichbehandlung soll mindestens teilweise gemindert werden.
- Die Hauptvorlage ist ein ausgewogener Kompromiss, der alle Seiten belastet. Der Eventualantrag gefährdet diesen Kompromiss und ist einseitig.
- Der Eventualantrag saniert die Pensionskasse nicht genug. Damit wird das Problem bloss in die Zukunft verschoben und somit nicht gelöst.
- Die Versicherten und Arbeitgeber müssen die Sanierungsbeiträge zusätzlich zu den ordentlichen Beiträgen leisten. Es entsteht eine grosse Überbelastung.



Weitere Infos auf [www.vimentis.ch](http://www.vimentis.ch)

Dafür

Dagegen





Das Atomkraftwerk (AKW) in der Gemeinde Mühleberg ist seit 1972 in Betrieb und wird von der BKW Energie AG betrieben. Der Kanton Bern ist deren Hauptaktionär. Im Oktober 2013 entschied die BKW Energie AG das Atomkraftwerk Mühleberg aus wirtschaftlichen Gründen im Jahr 2019 ausser Betrieb zu nehmen. Bei der Annahme der Initiative wird der Betrieb des AKW Mühleberg sofort eingestellt.

# Der Kanton Bern soll dafür sorgen, dass das AKW Mühleberg sofort ausser Betrieb genommen wird, um das atomare Risiko auszuschalten.

Kantonale Volksinitiative „Mühleberg vom Netz“



BE

- Die letzten Betriebsjahre von alten AKW sind gefährlich. In Deutschland wurde gezeigt, dass sich AKW rasch und sicher abschalten lassen.
- Durch eine sofortige Abschaltung bleibt das atomare Risiko gegenüber der geplanten Abschaltung nur noch 5 statt 10 Jahre bestehen.
- In Europa wird aktuell soviel Strom produziert, dass die risikoreiche Stromproduktion im AKW Mühleberg unrentabel geworden ist.
- Da das Uran importiert werden muss, ist die Stromproduktion in Mühleberg zu 100% vom Ausland abhängig.
- Dem Kanton Bern drohen Schadensersatzklagen von privaten Aktionären in dreistelliger Millionenhöhe, wenn er eine sofortige Abschaltung des AKW erzwingt.
- Die Initiative ist überstürzt und sorgt für zusätzliche Kosten. Das AKW Mühleberg soll 2019 sowieso abgeschaltet werden.
- Das AKW Mühleberg wird auch bis 2019 zuverlässig und sicher betrieben.
- Mühleberg ist das erste Schweizer AKW, das ausser Betrieb genommen wird. Deswegen ist eine genaue Vorbereitung und Planung wichtig.

Dafür

Dagegen

↓ Weitere Infos auf [www.vimementis.ch](http://www.vimementis.ch)

## Über Vimentis

Vimentis.ch ist die grösste Politikplattform der Schweiz. Über 40 Studierende setzen sich ehrenamtlich für bessere Entscheide in der Schweizer Politik ein.

Wen wähle ich in den Nationalrat?

Vimentis – Einfach Wählen findet in wenigen Minuten die Kandidierenden, welche Ihrer politischen Meinung am nächsten sind.

Wie stimme ich ab?

Zu allen nationalen und vielen kantonalen Abstimmungen schreibt Vimentis neutrale Zusammenfassungen, um in nur 60 Sekunden abstimmen zu können!

Was finde ich sonst noch auf Vimentis?

Interessierte Leser/-innen finden detaillierte Hintergrundtexte zu Abstimmungen und anderen politischen Themen.

---

**Weitere Infos auf  
vimentis.ch**





